

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonntag und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., für den Rest des Reichs 4.60 M., für die Provinz 5.00 M., für die Schweiz 5.40 M., für den Ausland 6.00 M., für die Türkei 6.60 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2695 und 2896.

Jahrespreise: Die Jahressubskription über dem Namen 1.80 M., Westpreußen 2.00 M., Ostpreußen 2.20 M., Elsaß-Lothringen 2.40 M., Schlesien 2.60 M., Provinzial-Verlagungen 2.80 M., Ausland 3.00 M., Türkei 3.20 M., Schweiz 3.40 M., Portugal 3.60 M., Spanien 3.80 M., Griechenland 4.00 M., Bulgarien 4.20 M., Rumänien 4.40 M., Serbien 4.60 M., Jugoslawien 4.80 M., Italien 5.00 M., Frankreich 5.20 M., England 5.40 M., Belgien 5.60 M., Holland 5.80 M., Dänemark 6.00 M., Norwegen 6.20 M., Schweden 6.40 M., Finnland 6.60 M., Japan 6.80 M., China 7.00 M., Indien 7.20 M., Australien 7.40 M., Südamerika 7.60 M., Afrika 7.80 M., Ozeanien 8.00 M.

Verkaufsstelle: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2695 und 2896.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Antwortnote der Entente.

Die Hauptpunkte der Ententenote.

Rückkehr der Kriegsgefangenen. — Auslieferung der Kriegsverbrecher.

Rotterdam, 18. Dezember.

„Times“ meldet aus Paris, daß die Alliierten den Wortlaut der Antwortnote an Deutschland festgelegt haben. Die Note enthält die Zusicherung der Rückkehr der Kriegsgefangenen und ein Verzeichnis derjenigen Personen, die sich nach Ansicht der Alliierten während des Krieges haben berechnen zu schuldigen kommen lassen und deren Auslieferung von den Alliierten gefordert wird.

Die Verhandlungen des Obersten Rates.

Paris, 17. Dezember.

Seit Sabel-Meldung hat der Oberste Rat der Alliierten heute unter Pyles Gombors Vorsitz ohne Clemenceaus gelagter Beschlüsse Hughes-Ballars beratet die Vereinigten Staaten. Minister Doumergue erklärte Lausanne über seine Besprechungen mit Staatskanzler Bannet über das langfristige Finanzprogramm für Österreich unter Mitwirkung der Vereinigten Staaten, deren Zustimmung erbetet wird, und legte dann die ersten Ergebnisse seiner Besprechungen mit dem deutschen Fachleuten über die Auslieferung von Gasenmaterial

vor. Martensminister Sehgues wurde aufgefordert, sich dazu zu äußern.

Minister Soucheur erklärte laut „Lamp“ heute im Finfer-Rat, die gestrige Antwort der deutschen Kommission lasse darauf schließen, daß die deutschen Sachverständigen andere Angebote, die man hätte erwarten können, nicht machen wollten. Die deutsche Regierung scheine nur die Hälfte des verlangten Gasenmaterials liefern zu wollen, doch herrsche der Eindruck, daß die Unterredungen auf gutem Weg seien und in kurzem zu einem Einverständnis führen würden.

Das wöchentliche Protokoll für Wien.

T. U. Wien, 13. Dezember.

Nach jüngsten Mitteilungen aus Wien ist es von Verhandlungen des Österreichischen Gesandten in Berlin, Dr. Eudo Hartmann, gelungen, zu erzielen, daß das Opfer, welches die Bevölkerung Deutschlands für Österreich durch den Verzicht auf wöchentlich 50 Gramm Mehl pro Kopf bringt, nicht auf 4 Wochen beschränkt bleibt, sondern darüber hinaus fortgesetzt wird. Das Opfer der Bevölkerung Deutschlands beträgt 300 000 Tonnen Mehl pro Woche zugunsten Österreichs.

Hilfe für Wien.

Amsterdam, 18. Dezember.

„Telegraph“ zufolge hat der englische Hilfsausschuß für Wien eben u. a. von Gals, Edinburg, Robert Cecil und Gauderson unterzeichneten Aufruf an das britische Volk gerichtet. Die britische Regierung hat dem Aufruf ihre volle Unterstützung zugesagt. Die Regierung beschloß, eine entsprechende Menge Weizen für Wien zu senden.

Moderne Schultyrannie.

Von einem Lehrer wird uns geschrieben: Die Klagen proletarischer Eltern über die Vernachlässigung ihrer Kinder in der Schule durch Lehrer und Lehrerinnen wegen Befreiung dieser Kinder vom Religionsunterricht mehren sich von Tag zu Tag. Man sollte ein beratendes Verhalten von Volkserziehern nicht für möglich halten. Der reaktionäre Geist der Lehrerschaft ist zwar bekant. Die Gründung eines deutschnationalen Lehrervereins, der an seinem Gründungstage allein in Groß-Berlin eine Mitgliedschaft von mehr als 1000 Mitgliedern zu verzeichnen hatte, liefert dafür einen deutlichen Beweis.

Daß die reaktionäre Gesinnung und Befangenheit in der Ideologie des alten Klassenstaates aber auch in den Städten der Bildung unwilligen, unerschulden und wehrlosen Kindern gegenüber durch Volkserzieher sich ausbreitet, das zeigt nun dem stillen Tiefstand, den der politische Lagekampf bei den Gegnern des Sozialismus auslöst und hervorruft und wieder einen bündigen Beweis, daß die Bourgeoisie, indem sie alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenheimes auslöscht, den Ketzern und Juristen, den Pfaffen, den Dozenten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Schindener verwanbelt, sie zugleich auch zu ihren fanatischen Verteidigern wandelt.

Der Proletarier betrachtet nur allzu sehr noch alle Institutionen des Klassenstaates und ihre Träger mit „frommer Scheu“. Er wagt es nicht, gegen die brutalen Kränklichkeiten reaktionärer Kanakken vorzugehen. Aus diesem stumpfen und dumpfen Entzogen müssen wir die Genossen herausreißen.

Es ist unglaublich, aber wahr, daß ein Genosse es wagt, dem Lehrer seines Jungen, als er ihn vom Religionsunterricht befreit hatte, diesen auf eine Bank besonders fest mit den Worten: „Seh dich auf die letzte Bank, du bist ein Spornakist!“

So gehen Kinder, die sich bisher die Zufriedenheit und das Lob der Lehrer erworben, nach der Befreiung vom Religionsunterricht merkwürdigerweise in ihren Leistungen sogleich zurück. Um die Kinder der Drohverharnung zu entheben, haben die Eltern ihre Kinder umgeschult. Häufig hört man, daß die Kinder, sobald sie vom Religionsunterricht befreit sind, offen von den Vertrauenspersonen, die sie in der Klasse innehaben, erishunden werden. Auszeichnungen, wie die Aufnahme in Begabtenklassen, werden rückgängig gemacht. Die Art der Paraphrasierung von Schulbüchern mit religiösem Charakter, wie jetzt die Feier des Weihnachtsfestes, geschieht in möglichst verächtlicher Form. (Hier hast du nichts zu sagen!) So sucht man die vom Religionsunterricht befreiten Kinder außerhalb der Klassengemeinschaft zu stellen.

Blamantlich sind es Lehrerinnen, die sich in diesem unbeduldsamen Benehmen besonders hervortun. Wir können diese perfide Vandalen nicht genug brandmarken. Wir müssen jene Lehrer und Lehrerinnen, die ihren Erzieherberuf mißbrauchen, indem sie unsere Kinder zu Opfern ihrer reaktionären Gesinnung machen, ihnen die Freunde am Unterricht, die Lust und Liebe zum Lernen rauben, an den Pranger stellen.

Alle Reichwerden müssen an eine Sammelstelle gehen. Die geeignete dafür ist die Bildungskommission, deren Obmann sich mit unseren Vertretern in der südlichen Schuldeputation in Verbindung zu setzen hat.

Sei der in Wäde zu erwartenden Wahl der Elternbeiräte müssen unsere Genossen über die politische Meinung der Lehrer einer Schule möglichst vorher orientiert sein, um energische Vertreter unserer Partei in die Elternbeiräte zu wählen. Die Elternbeiräte haben als dringende Aufgabe, unsere vom Religionsunterricht befreiten Kinder gegen die Übergriffe von Lehrern und Lehrerinnen zu schützen. Sie haben ferner zu fordern, daß die Religionsstunden als Anfangs- und Endstunden im täglichen Stundenplan liegen, damit die Disziplinanten nicht eine Stunde lang herumhumpeln müssen.

Aus demselben Grunde muß für die Kinder bei Schulrevisionen während der „Prüfung in Religion“ ein (im Winter abgelesenes) Stimmzettel zur Verfügung stehen.

Kein Sperrgesetz gegen die Beamtenbesoldungsreform.

In Charlottenburg hat die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, im trauten Verein mit dem Magistrat und natürlich unterstützt von den Reichssozialisten, einen von der Regierung beschlossenen Beschlusses, der die Freiheit der Staaten und der Gemeinden, die Beamtenbesoldung neu zu regeln, bis zum 31. März 1920 unterjarigen wollte, dazu benutzt, um die nur oberflächlich aber gar nicht beratenden Vorlagen in aller Eile durchzusetzen. Insbesondere ist dadurch eine so weitgehende Erhöhung der Gehältern der Magistratsmitglieder beschlossen worden, wie die unter anderen Umständen wohl kaum hätte so leicht die Zustimmung der Mehrheit der Versammlung finden können. Die Unabhängige Fraktion hat gegenüber diesen Durchsetzungsabsichten der Mehrheit der Versammlung von vornherein den Standpunkt vertreten, daß das von der Regierung beschlossene Sperrgesetz sowohl formell wie inhaltlich große Bedenken hervorzurufen müsse, und daß seine Annahme durch die Nationalversammlung sehr unwahrscheinlich sei.

Diese Anschauung wird jetzt durch die folgende offizielle Mitteilung der „F. U. R.“ vollinhaltlich bestätigt:

„Der Beschluß der Reichsregierung, im Wege der Besoldung den Ländern und Gemeinden des Reichs, die Besoldung ihrer Beamten zu erhöhen, bis zum 31. März 1920 zu sperren, ist nicht die Zustimmung des Reichsrats gefunden. Insbesondere war auch die Reichliche Regierung nicht geneigt, einer solchen Beschränkung der Rechte der Gemeinden zuzustimmen. Da jedoch infolge der umfangreichen Organisationsänderungen, die bevorstehen, die Durchsetzung einer besoldungsänderung bis zu einem gewissen Grade anzuerkennen ist, soll versucht werden, den beschlossenen Beschlüssen durch eine Vereinbarung zwischen Reich und Ländern zu erreichen, doch kann es als ausgeschlossen gelten, daß sich diese Vereinbarung auch auf die Gemeinden erstrecken wird.“

Die Beamtenbesoldungsvorlagen hätten also mit aller Sorgfalt und unter Überstimmung aller Groß-Berliner Gemeinden beraten werden können, ohne die Interessen der Beamten auch nur im geringsten zu schädigen. Die bürgerlichen Parteien und die Reichssozialisten aber glauben hier auf billige Kr- und Peise Erstattungen rechnen zu können. Von dem Beginn der Verhandlungen der Magistratsmitglieder über die Besoldungsvorlagen der Magistratsmitglieder ab, aber auch mit aller Sorgfalt beraten werden.

Daß er sie verweigert und die Vorlage zur nochmaligen Durchsicht an die Stadtverordnetenversammlung zurückverweist. Auch für den Minister des Innern wäre hier ein passendes Feld der Betätigung gegeben, da die Festsetzung der Gehälter der Magistratsmitglieder in einer Höhe erfolgt ist, die im Widerspruch steht zu dem in seinem Sparplanüberlaß angeordneten Grundrissen.

Die Erhöhung der Lebensmittelpreise.

Der Protest der Berliner Arbeiterschaft gegen die beschlossene Erhöhung der Preise für Brot, Kartoffeln und Gemüse, sowie ihre Entschlossenheit, bei Verwirklichung dieser Absichten in den allgemeinen Streik zu treten, ist nicht ohne Eindruck auf den Volkswirtschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung geblieben. Bei der gestrigen Beratung haben sich denn auch endlich die Rechtsozialisten daranläßt, gegen diese Preisbestimmungen an die Agrarier unter Hinweis auf die Stimmung der Berliner Arbeiterschaft Stellung zu nehmen. Zwar wurde erreicht, daß die Frage der Preisermäßigung nochmals einer Prüfung unterzogen werden soll, doch wäre es ein Irrtum, anzunehmen, daß die Regierung ernsthaft die Kraft besitzt, die Forderungen der Agrarier ganz oder teilweise abzulehnen. Auch die übrigen Parteien sind, wie aus den Erörterungen hervorgeht, durchaus geneigt, die Preisermäßigung zu schließen.

Sie tun das, obwohl sie wissen, daß das Preisermäßigungsrecht ungerecht wirkt und es sehr zweifelhaft ist, ob dadurch die abgelieferten Mehlens mengen größer werden als bisher, so daß die Nationen der Bevölkerung erhöht werden könnten. Ist letzteres oder nicht der Fall, so unterliegt es keinem Zweifel, daß der größte Teil der minderbemittelten Bevölkerung nach Inkrafttreten der neuen Preise nicht imstande wäre, die rationierten Lebensmittel zu kaufen.

Wir fordern deshalb erneut, daß eine andere Festsetzung der Preise für die Lebensmittel nicht eher erfolgen darf, ehe nicht durch die bewegliche Gestaltung der Löhne die Sicherheit gegeben ist, daß sich die Lage der Arbeiterklasse dadurch nicht verschlechtert. Es genügt durchaus nicht, wenn die Regierung erklärt, daß die Vorbereitungen zu dieser neuen Lohnregelung durch eine amtliche Lebenshaltungstabelle in Gange seien und inzwischen die Preise für die Lebensmittel erhöht werden. Von amtlichen Versprechungen werden die Arbeiter nicht laß, insbesondere nicht von Versprechungen auf eine Erhöhung der Löhne. Sie fordern die Tag, die die Forderungen der Arbeiter erfüllt werden.

Der englische Gewerkschaftskongress.

Die Nationalisierung des Bergbaues.

Am 9. und 10. Dezember fand in London ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress statt, der sich mit verschiedenen wichtigen Tagesfragen zu beschäftigen hatte. Von größtem Interesse waren die Nationalisierung der Kohlenbergwerke. J. H. Thomas gab noch einmal einen Überblick über die Gründe, aus denen heraus die Nationalisierung verlangt werden müsse. Er stellte dann die politische Aktion der wirtschaftlichen Aktion gegenüber, und was er darüber sagte, ist wichtig und interessant genug, um es wiederzugeben:

Wenn so die Sache der Bergarbeiter auf demokratischen und konstitutionellen Gründen des öffentlichen Interesses aufbaut, ist daraus natürlich gefolgert worden, daß der einzige gesunde Weg der Politik der ist, der Öffentlichkeit die Rechtmäßigkeit ihrer Methode zu beweisen. In dieser Hinsicht haben wir nicht die politische Seite unserer Bewegung vergessen, die für diesen Zweck ein ebenso mächtiges Instrument sein kann, wie die industrielle Aktion sein würde. Ich würde auch nicht so festiglich und sicher weniger bedauerlich sein, durch den Stimmzettel das zu erreichen, für das zu streifen die Männer bereit sind. Thomas meinte, er wolle, daß viele in der Bewegung, deren Aufrichtigkeit nicht angezweifelt werden dürfe, jeden Glauben an die politische Maschine verloren hätten. Aber die Teile ihre Ungesundheit mit dem politischen Erfolg. Aber es das beweise die Notwendigkeit der Erziehung, die oft eine politische Aktion überflüssig machen würde, wenn die Männer an der Wahlurne ihre Schuldigkeit täten.

Frank Hodges, der Sekretär der Bergarbeiterorganisation gab darauf einen Überblick über den augenblicklichen Stand der Verhandlungen, und teilte mit, daß das parlamentarische Komitee, die Bergarbeiter-Gesetzgebung, die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften eine Vereinbarung eingehen hätten, eine große Propaganda für die Nationalisierung der Bergwerke zu unternehmen.

Die Resolution des parlamentarischen Komitees schlug vor, die Entscheidung über die künftige Politik einem Kongress zu übertragen, der im Februar stattfindend sein sollte, nachdem das Parlament wieder zusammengetreten sei. Der Kongress sollte sich dann an die Klausel des Glasgower Kongresses halten, der verlangte, es solle entschieden werden über die Art der Aktion, die die Regierung zwingen, den Mehrheitsbericht der von ihr vorgeschlagenen Enquiry-Kommission anzunehmen, der sehr weitgehende Forderungen für die Sozialisierung macht.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen und somit die endgültige Entscheidung verlagert.

Tom Mann stellte es nicht in Abrede, daß man immer die Pflicht zu konstitutionellem Handeln hervorhebe, und auch William Smilie bedauerte, daß die Entscheidung wieder vertagt werden müsse, aber er meint auch, daß die Bergarbeiter die gesamte Arbeiterbewegung über die zu unternehmende Aktion entscheiden lassen müßten, wenn die Regierung sich im Frühjahr wieder weigere, die Beschlüsse der Sankey-Kommission auszuführen.

Der zweite Tag brachte Mitteilungen über den Erfolg einer Resolution von Mitgliedern der parlamentarischen Arbeiterpartei zum Premierminister. Lloyd George habe versprochen, noch vor Weihnachten einen Entwurf einer umfassenden Arbeitslosenversicherung einzubringen.

An der russischen Front hatte er nur seine früheren Erklärungen wiederholt, daß die Unternehmungen nunmehr aufhörten. Er erklärte die Antwort des Premierministers für absolut ungenügend und verlangte, daß die Regierung sofort Friedensverhandlungen mit dem Feind erwäge, die Blockade aufheben und freien Handel erlauben solle.

Zum Konflikt in der Reichsdruckerei.

Dem Arbeiterrat der Reichsdruckerei wird uns mitgeteilt: Die Veröffentlichungen der Direktion über die Unkosten des Arbeiterrats in der Reichsdruckerei bedeuten eine gräßliche Verletzung der öffentlichen Meinung.

Die Direktionsgeschäfte werden erledigt von 1 Direktor, 1 Geh. Ober-Regierungsrat, 1 Geh. Regierungsrat, 1 Regierungsrat und dem dazu gehörigen Stab von Sekretären und Buchhaltern, 6 Abteilungsleitern und Sachverständigen.

Der Arbeiterrat wird vertreten von 6 Arbeitern, die neben ihrem Lohn nur eine Aufwandsentschädigung von 6 M. erhalten.

Wie kommt aber die Belastungsziffer für den Arbeiterrat auf 100 M. halbjährlich zusammen?

Nur der Gang eines Arbeiters, der ein Anliegen an die Direktion und den Arbeiterrat hat, wird auf Konto „Arbeiterrat“ gebucht; jede irgendwie geartete Tätigkeit für die Gewerkschaft.

Das war dann noch einige Schaulieder vorgelesen. Der Abschluß bildete ein Gedicht, vorgelesen von Herrn A. Was aber leider nur für größere Kinder war.

Die Stunde der Sonntagsfeier war herangefommen. War hatte mich in einen Raum, in dem die Kinder schon versammelt waren. Die Feier begann mit dem von allen Kindern gesungenem Lied: Freu' euch des Lebens. Der Leiter des Kinderheimes Schöndrann sprach dann etwa fünf Minuten über Wahrheit und Lüge. Die Kinder wurden eindringlich ermahnt, unter allen Umständen an der Wahrheit fest zu halten und die Lüge zu verabscheuen. Dem Redner folgte ein junger Musiker, der den Kindern erklärte, daß sie nun einen Satz aus der Kreuzer-Sonate von Beethoven zu hören bekommen würden. Sie könnten dabei an eine schöne Geschichte oder auch an einen Teil des Gedankens. Zunächst das Fundament mit dem Sockel, dann die aufstrebenden Säulen mit Verzierungen und das Ganze dann von einer Krone. Nach weiteren Erklärungen über den Aufbau des Werkes, über Thema und Motive, wurde der erste Satz der Kreuzer-Sonate von einem Kräulein am Flügel und dem jungen Musiker mit der Geige wiedergegeben. Danach ein gutgeschulter junger Violoncellist zwei Lieder: Ich heiße dich, mein Schatz, von Schubert, und Die Uhr, von Lobe. Außerdem wurde von dem Leiter des Heimes noch die Ballade Der König von Dunsbach von Felix Dahn vorgelesen. Zum Abschluß sangen die Kinder ihr Liederlied: Wir sind jung, die Welt ist offen, gedichtet von Jürgen Brand, komponiert von Fein. Mit besonderem Vergnügen schmetterten die Kinder den Refrain hinaus: Wir sind jung und das ist schön!

Einmal Tages kam ein Geistlicher ins Kinderheim, um zu fragen, ob die Kinder auch Sonntags in die Kirche geschickt werden könnten. Er erhielt die Antwort, daß die Kinder selbst entscheiden können, ob sie die Kirche aufsuchen wollen. Vier Kinder meldden sich am ersten Sonntag. Am folgenden Sonntag hatte sich noch mehr Schamucht nach der dunklen Kirche. Die heilige Sonntagsfeier in ihrem Heim war den Kindern willkommen.

Ich muß gestehen, daß die Sonntagsfeier, der ich beiwohnte, einen tiefen Eindruck auf mich gemacht hat. Vielleicht, daß dies auch eines der Gründe ist, die mich zu hohen Anforderungen an die Erziehung der Kinder ins Reine gebracht haben. Die Hauptfrage ist doch, daß man grundsätzlich auf dem rechten Weg ist. Den Weg zu dem frühesten Jugend nur das Beste zu bieten, Prole-

für die soziale Befreiung und die Arbeiterschutzbemühungen wird auf Konto „Arbeiterrat“ verbucht; jede Beratung und dgl., die im Interesse der Produktion geblieben wird, belastet den „Arbeiterrat“.

So kommen die Ziffern zustande, die die Öffentlichkeit dupieren sollen. Es wäre demgegenüber vierfach, der Öffentlichkeit die Kosten zu nennen, die durch die barem-kräftige Verwaltung der Reichsdruckerei entstehen. Was sagt die Öffentlichkeit z. B. dazu, wenn sie hört, daß das Einkommen eines Nagels über 18 M. kostet?

Aufruf!

Von den Hinterbliebenen der in der Französischen Straße ermordeten Matrosen befindet sich ein großer Teil in bitterer Not. Alle Versuche, eine Entschädigung zu erlangen, waren bisher erfolglos. Es war den Angehörigen nicht einmal möglich, die Geldbeträge und Verpfändungen zurückzuerhalten, die den Ermordeten nach der Bluttat von den Bankern geräubt wurden.

Unter den Angehörigen befinden sich Mütter, die mehrere unmündige Kinder zu erziehen haben, Witwen, die ihren einzigen Ernährer, ihren Sohn, verloren. Es ist Pflicht aller Menschenfreunde, diesen Opfern der militärischen Gewalttätigkeit zu helfen. Es muß ihnen wenigstens zum Weihnachtsfest eine kleine Hilfe gebracht werden.

Wir bitten daher alle, die durch den Marsoh-Prozess die Schmach des neudeutschen Militarismus empfunden haben, ein Eherschreiben für diesen guten Zweck herzugeben. Eile ist dringend geboten. Geldspenden bitten wir unter der Aufschrift: „Matrosenmord“ zu richten an Richard Käfer, Verlag der „Freiheit“, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Ueber die eingegangenen Spenden wird öffentlich quittiert.

Redaktion und Verlag der „Freiheit.“

Warum wird nicht auch auf die Tatsache hingewiesen, daß der Arbeiterrat durch seine Tätigkeit dem Reich und der Regierung ungeheure Dienste geleistet hat?

Die Direktion sucht den Anschein zu erwecken, als wenn durch den Erlaß die Rechte des Arbeiterrats nicht geschmälert werden sollen und als wenn in der Arbeiterratschaft ein Interesse bestände, Unfrieden zu stiften. Das Gegenteil ist der Fall. Werden dem Arbeiterrat die Mittel entzogen, so muß er seine Tätigkeit naturgemäß einstellen und der „Unfrieden“ wird durch diejenigen erzeugt, die derartige Forderungen entgegen allen Versprechungen des Ministeriums und der Reichsregierung, die ausdrücklich erklärt haben, bis zur Erledigung des Betriebsstreikgesetzes die Arbeiterrats in ihrer bisherigen Form bestehen zu lassen.

Daß der Erlaß von den gesamten Arbeiterschicht ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit als Provokation aufgefaßt wurde, hat die Bewegung in der Reichsdruckerei gezeigt, die auch bewiesen hat, daß sie auch in Zukunft recht gewillt ist, sich das Recht der Widerbestimmung nehmen zu lassen.

Aus der Partei.

Die Stettiner Genossen zum Parteitag.

Zum Parteitag nahmen die Stettiner Genossen Stellung, indem mit allen gegen zwei Stimmen folgende Resolution angenommen wurde: Der Parteitag in Stettin begrüßt es mit Verwunderung, daß der Leipziger Parteitag in den bisherigen Streitfragen der Partei Klarung gebracht und mit dem neuen Aktionsprogramm klar umrissene Richtlinien für die künftige Politik der Partei aufgestellt hat. Er erwartet, daß nunmehr auch der noch auf dem Parteitag in unklaren Formen aufgetauchte Richtungsstreit innerhalb der Partei verstummen und alle Kräfte für werdende Arbeit freigelegt werden. Die Stettiner Genossen stimmen auch ihrerseits der in bezug auf die Internationale gefaßten Resolution zu, erwarten aber, daß der beschlossene Anschluß an die dritte Internationale nur erfolgt, wenn Garantien für ungeschwächte tatsächliche Bewegungsfreiheit der Partei angefordert und beachtet werden.

Während der Sonntagsfeier kam mit der Gedanke, daß wie mit unserer Jugendbewegung eigentlich viel zu spät begonnen. Wenn wir den Kindern des Proletariats erst nach ihrer Entlassung aus der Schule Gelegenheit geben, sich nach modernen pädagogischen Grundsätzen körperlich und geistig in freien Jugendorganisationen zu betätigen, dann steht die Arbeit nicht rechtzeitig ein. Denn was in den langen Schulfreien durch klassenfeindliche Erziehungsgrundsätze und -methoden an den Kindern geschädigt worden ist, kann nach der Schulzeit nur schwer und vielleicht nie richtig ausgemergelt werden. Ich glaube, wir müssen mit unserer Jugendbewegung schon bei den Kindern im parteiischen Alter beginnen, wie das die Vorkämpfer in Cesterreich tun.

Das ist gewiß eine Riesenaufgabe. Es wäre aber nicht die einzige Riesenaufgabe, an deren Lösung wir unsere Kräfte erfolgreich erproben. Was wir für notwendig erkannten, haben wir noch jedesmal mit Kraft und Selbstvertrauen getan, ohne daß durch ein Misserfolg ein Schwertgeißel abbrechen zu lassen.

Die Tätigkeit der Kinderfreunde in Cesterreich ist nicht nur segensreich für die Kinder, sie hat darüber hinaus auch ihre große Bedeutung für die Erwachsenen. Was an besonderen pädagogischen Fähigkeiten in den einzelnen erwachsenen Menschen vorhanden ist, wird geweckt und gefördert und alle Fähigkeiten werden durch die Organisation vereint und planmäßig wirksam gemacht.

Der Arbeiterverein Kinderfreunde in Cesterreich ist ein nicht-politischer Elternverein. Sein Zweck ist es, die Arbeiterschicht zusammenzuführen, damit sie aus gemeinsamer Kraft das geistige und leibliche Wohl ihrer Kinder so fördern könne, wie es dem einzelnen Elternpart nicht möglich ist. Für die Eltern werden Elternabende mit Vorträgen und freier Aussprache veranstaltet, Zeit- und Musikzeitschriften herausgegeben und Erziehungsreden und -abhandlungen abgehalten. Den Kindern bietet der Verein jede Art von Leibesübungen: Spiel, Sport, Wandern, Turnen, Schwimmen, Radfahren, Reiten, Eisklaufen, Eislaufen usw., Ausflüge und Ferienwanderungen, Besuche von Museen, von öffentlichen Ein-

richtungen, von Anstalten und Betriebsstätten, Zwedaussflüge und Stadtgänge zur Förderung der landeskundlichen, geschichtlichen, ethnographischen und naturkundlichen Kenntnisse der Kinder, zur Hebung und Förderung ihres Kunstverständnisses, zur Schärfung der Sinne, gehören auch zu den Aufgaben des Vereins Kinderfreunde. Ferner Handfertigkeitsunterricht, Bildhauervorführungen, Vorlesungen, Besuch von Theateraufführungen, Gesang- und Musikübungen, Einrichtung von Jugendbüchereien, Schaffung von Horten und Heimen.

Die Geldmittel gewinnt der Verein aus den Mitgliedsbeiträgen, aus Zuwendungen anderer Vereine und Verbände und durch zufällige Einnahmen, wie Vermächtnisse, Schenkungen, Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln, Erträgen aus Festen und Sammlungen.

Wie gesagt, es handelt sich hier um große Aufgaben. Ein neues großes Gebiet liegt vor uns: die freie proletarische und selbständige öffentliche Erziehung unserer Kinder. Ein Feld, das bisher in Deutschland noch so gut wie brach liegt.

Groß-Berlin.

Der erste Tag des Gastwirts-Streiks.

Der Beschluß der Berliner Gastwirte, ihre Lokale auf 48 Stunden zu schließen, ist heute, soweit man beobachten konnte, teils durchgeföhrt worden. Nicht nur die großen Hotels und Restaurants, die Cafés und Konditoreien, sondern selbst die kleinen Gastwirtschaften in den Arbeitervierteln hielten ihre Pforten geschlossen. Das ist ein bedeutsames Zeichen dafür, wie weit verbreitet der Schleichhandel in Berlin ist, und die Berliner Arbeiterschicht kann daraus ersehen, in welcher großem Maße der Allgemeinheit rationierte Lebensmittel entzogen wurden, die dann dazu dienen, den bemittelten Kreisen ein besseres Dasein zu gestatten als der ärmeren Bevölkerung.

Zweifellos bedeutet die Schließung der Gastwirtschaften einen Eingriff in das pulsierende Leben einer Großstadt. Viele Menschen, die gewohnt sind, sich in Gastwirtschaften zu beschäftigen, werden, solange der Streik dauert, auf eine andere Art und Weise ihre Ernährung sichern müssen. Aber das kann kein Anlass sein, dem Druß nachzugeben. Hier verlangen wir einmal von der Regierung, daß sie hart bleibt, wie sie es so oft gegen die Arbeiterschicht getan hat. Denn wenn man von der Arbeiterschicht verlangt, daß sie mit unzulänglichen Löhnen auskommen soll, dann kann man erst recht verlangen, daß alles getan wird, daß die Ernährungsverhältnisse verbessert werden. Da wir bei der knappen Produktion an Lebensmitteln das Feld dem freien Handel noch nicht überlassen können muß die Nationalisierung aufrecht erhalten werden. Das bedeutet aber gleichmäßige Zuteilung von Nahrungsmitteln an jeden einzelnen Einwohner. Jede Verletzung dieses Prinzips muß energisch bekämpft werden. Das „Behalassen“ muß endlich einma aufhören, die Anarchie auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung muß mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden. Das ist die höchste Aufgabe, die die Regierung zu erfüllen hat.

Die gastwirtschaftlichen Angestellten haben zu der Schließung der Lokale am Mittwoch in einer fast beinahe ungestörten Versammlung in der Germania-Besitzung Stellung genommen. Nach einem ausführlichen Referat Stephaards wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Angestellten verurteilen auf das allerhöchste jeglichen Wucher und Schleichhandel und treten für straflose Zwangsbeschäftigung ein.

Die Versammelten betrachten die hierauf gerichteten Maßnahmen als völlig ungenügend und verlangen, daß in ernstlicher Form der Erzeuger und erst in zweiter Linie der Konsument bestraft wird.

Die Versammelten protestieren nicht gegen das Wucherergesetz, sondern dagegen, daß ein Verurteilungsgesetz gegen die eingeweihten Sondergerichte nicht vorgelesen ist und erklären, gegen diesen rechtlichen Ausnahmestand mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln anzukämpfen zu wollen.

Sie haben schon erklärt, daß wir die Berufungsmöglichkeit ebenfalls fordern.

Neue Wege.

Der Gesangsverein „Gesundbrunner Harmonie“ hat der proletarischen Kunst neue Wege gesucht und sie der proletarischen Jugend geöffnet, indem er zur Gründung eines Jugendchores geschritten ist. Für Dienstagabend hatte er deswegen die Arbeitereltern zu einer Versammlung nach der Werner-Siemens-Halle in der Radstraße geladen, die zahlreich auch von deren Sprechlingen besucht war.

Zur Einleitung sang der Chor eine Komposition seines Dirigenten Schüller „Der Arbeiter“, welche die Erzhörner in eine weiche empfangliche Stimmung versetzte. Dann sprach Paul Rohm. Er schilderte, wie jede große Bewegung ihre Kunst, besonders aber ihre Gesangskunst, gebiethen habe. Besonders die katholische Kirche habe dieselbe zu gewaltiger Höhe entwickelt und ihrem Kult einverleibt. Die protestantische Kirche habe derselben dann ihr Recht gelassen. „Eine tolle Burg ist unser Gott“ entgegengestellt. Selbst die Heilarmee bediente sich in hervorragender Weise des Gesangs. Auch die politischen Bewegungen schufen neue Lieder. Ewig sei in der Geschichte und in der Kunst werde die „Marxistische“ der französischen Revolution stehen. Die deutsche bürgerliche Revolution begnügte sich mit der Karikatur einer Gesangsform, indem sie bekannten Liedern neue Texte unterlegte. Sie blieb auch als Revolution nur Karikatur. Neues aber,

richtungen, von Anstalten und Betriebsstätten, Zwedaussflüge und Stadtgänge zur Förderung der landeskundlichen, geschichtlichen, ethnographischen und naturkundlichen Kenntnisse der Kinder, zur Hebung und Förderung ihres Kunstverständnisses, zur Schärfung der Sinne, gehören auch zu den Aufgaben des Vereins Kinderfreunde. Ferner Handfertigkeitsunterricht, Bildhauervorführungen, Vorlesungen, Besuch von Theateraufführungen, Gesang- und Musikübungen, Einrichtung von Jugendbüchereien, Schaffung von Horten und Heimen.

Die Geldmittel gewinnt der Verein aus den Mitgliedsbeiträgen, aus Zuwendungen anderer Vereine und Verbände und durch zufällige Einnahmen, wie Vermächtnisse, Schenkungen, Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln, Erträgen aus Festen und Sammlungen.

Wie gesagt, es handelt sich hier um große Aufgaben. Ein neues großes Gebiet liegt vor uns: die freie proletarische und selbständige öffentliche Erziehung unserer Kinder. Ein Feld, das bisher in Deutschland noch so gut wie brach liegt.

Groß-Berliner Ausschuss für volkstümliche Kunstpflege. Schon seit längerer Zeit ergab sich für die an die Vermittlung volkstümlicher Kunstdarbietungen interessierten Organisationen der Arbeiterbewegung die Notwendigkeit, wegen der Verteilung der Plätze bei den volkstümlichen Vorstellungen der Sozialtheater und ähnlicher Fragen miteinander in Rührung zu treten. Die beteiligten Stellen — Freie Volksbühnen, Neue Freie Volksbühnen, die Bildungsausschüsse der beiden sozialdemokratischen Parteien, der Gewerkschaftskommission und der Arbeitergemeinschaft freier Angehöriger Verbände, die Volkshochschule und der Arbeiter-Jugendbund haben sich daraufhin nunmehr in dem „Groß-Berliner Ausschuss für volkstümliche Kunstpflege“ ein ständiges Organ geschaffen. Der Ausschuss bezieht, nach Möglichkeit eine Verhandlung der darin beteiligten Organisationen über die von ihnen vorgelegten künstlerischen Veranstaltungen herbeizuföhren, so daß keine Kollisionen stattfinden, und ferner die gemeinsamen Interessen der zusammengeschlossenen Stellen gegenüber Kunstproduzenten, Sozialbehörden, Ausstellungen, und Musikdirektoren, Theaterunternehmern, Verlegern, Behörden usw. wahrzunehmen. Die Geschäftsstelle befindet sich beim Verband der Freien Volksbühnen. Angesichts der Tatsache, daß immer mehr große Städte in Kinobühnen umgewandelt werden, wird der Ausschuss zunächst sein Augenmerk vor allem darauf richten, daß den an künstlerischen Veranstaltungen, Konzerten usw. interessierten Organisationen wenigstens einige getrennte Lokale erhalten bleiben.

Die sehr beachtliche, auf die letzte proletarische Bewegung...

Ein Opfer der Jugendfüllung ist der 25 Jahre alte Schling...

Ein Matrose in der Kufe der Universität zum Seiten der...

Lebensmittelfalter. Dankom. Heute gelangen für die Woche vom 15. bis 21. Dezem...

abgehaltene 100 von der allgemeinen Lebensmittelfalter 200 Gramm...

Aus den Organisationen. 17. Distrikt. 2. Mtg. Versammlung Freitag abend 8 Uhr in der...

Vereinstalender. Metallarbeiterabend Zigarren Reich. Freitag den 19. Dezember...

Eingegangene Briefe. Die Parteien und das Räteystem. Das Buch des...

Zähne 3 Mark 5. mit echtem Friedens-Kautschuk. Zahnziehen ist örtlich. Bestäubung nach bewährter Methode...

Heilheit! Laubzugespiele. In natürlichen Borken aussonnert, 2 harte Spiel...

A. Maza & Co., Berlin F, Markgrafstr. 84, an der Lindenstr. Gastwirtsgehilfen. Parteigenossen!

Todesanzeige. Nach kurzem schweren Leiden verstarb am 16. 12. 19 mehr Cousin der Schiomer...

Gustav Garbe. im Alter von 44 Jahren. Die Beerdigung findet am 19. 12. rechnung 1 Uhr, auf dem Anstalt...

Verkaufe. Gärten, Stores, Kleiderwaren, Möbel, etc. Paul Garbe, Großschloßberger Str. 13.

Platina Gram 126 M. Jede Ueberpreise. Kupfer! Messing! Metallschmelze. Metallgeschäfte...

Ich bin helle und bestelle heute noch die Karbid-Lichtlampe FEUERHAND. Franz Borowicz, Berlin, Soos, Valdemarstr. 27.

Metalle bedeutende Preisermäßigung! Platin! Zahngelasse. Kupfer, Messing, etc. Metallgeschäfte...

Platin Silber Quecksilber Kupfer Messing. Sämtl. Almetalle Zahngelasse. Cohn, Brunnenstraße 11.

Kupfer, Messing, etc. Kupfer, Messing, etc. Kupfer, Messing, etc. Kupfer, Messing, etc.

Platin, Silber, Kupfer, Messing, etc. Platin, Silber, Kupfer, Messing, etc. Platin, Silber, Kupfer, Messing, etc.

Vertical text on the far right edge of the page, partially cut off.